

Region

Warum keine Impfung made in Basel?

Von Jonas Hoskyn



Weltweit wird zurzeit an einem Impfstoff gegen Covid-19 geforscht. Bild: Keystone (5.9.2020)

Fast 200 verschiedene Impfstoffe gegen das grassierende Coronavirus werden weltweit entwickelt und getestet. Doch ausgerechnet der Life-Science-Standort Basel sitzt beim Rennen um den Impfstoff nur auf der Zuschauertribüne. Mit einer Ausnahme: Anfang Monat machte die bz bekannt, dass das amerikanische Biotech-Unternehmen Moderna, bei dem auch der Bund 4,5 Millionen Impfdosen vorbestellt hat, Basel als Europahauptsitz erkoren hat. Damit will Moderna sicherstellen, dass die Produktionszusagen auch ausserhalb der USA eingehalten werden können.

Grundsätzlich ist die Entwicklung von Impfstoffen für Pharmakonzerne keine besonders lukrative Branche. Die Entwicklung dauert oft sehr lange, die Margen sind klein und wenn endlich ein erfolgreiches Produkt entwickelt wurde, flacht der Absatz meist schnell ab. Entsprechend wurde auch dem Thema Coronaviren wenig Beachtung geschenkt, auch wenn die Weltgesundheitsorganisation WHO regelmässig vor der Gefahr einer Pandemie warnte.

Staatsgelder, um Produktion im Land zu halten

Als Learning aus der aktuellen Situation fordert die SP nun, dass der Bund eine aktivere Rolle einnimmt und das Thema Impfstoff nicht einfach dem Markt überlässt. Die künftige Parteispitze der Genossen Mattea Meyer und Cédric Wermuth sprachen sich kürzlich in einem Interview mit dieser Zeitung für mehr Service Public aus: «Die Suche nach dem Covid-19-Impfstoff demonstriert uns, wie wichtig die Kooperation von Staat, Forschungsstellen und Industrie ist – fernab vom gewinnorientierten Konkurrenzdenken», so Meyer. Die Juso forderten vergangene Woche gar die Verstaatlichung der Pharmabranche und der wichtigen Zulieferer.

Auch in Basel kommt nun Bewegung in die Sache. SP-Präsident Pascal Pfister will im Grossen Rat eine schriftliche Anfrage einreichen zum Thema Versorgungssicherheit, Lagerhaltung und Rückverlagerung der Medikamentenproduktion. Als Beispiel dient der Basler Pharmakonzern Novartis. Damit dieser nicht die Produktion von Antibiotika aus dem österreichischen Kundl in Tirol nach Asien verlagert, erklärte sich die öffentliche Hand bereit, dem Unternehmen mit Förderungen in Höhe von 50 Millionen Euro unter die Arme zu greifen.

«So wie es aussieht, kommen wir bei dieser Pandemie mit einem blauen Auge davon», sagt Pfister. Nun will er von der Regierung wissen, ob sie Handlungsbedarf bei den Pflichtvorräten von Masken oder Desinfektionsmitteln sieht.

Weiter fragt er nach, inwiefern Kanton und Bund die Forschung von wenig profitablen, aber wichtigen Medikamenten unterstützen.

Lagermengen könnten erhöht werden

Die Pharmabranche reagiert aufgeschlossen gegenüber den Vorschlägen. Michael Schiendorfer, Sprecher des Verbands Interpharma, sagt: «Im Zuge der Aufarbeitung der Krise gilt es die aufgetretenen Schwierigkeiten einer differenzierten Analyse zu unterziehen und die richtigen Schlussfolgerungen für die verschiedenen Segmente des Pharmamarktes zu ziehen. Die forschende pharmazeutische Industrie ist gerne bereit, mit den Behörden Massnahmen zur weiteren Verbesserung der Krisenvorsorge und -bewältigung zu erörtern.»

Mögliche Diskussionspunkte seien etwa die Überprüfung und der allfällige Ausbau der Liste von Pflichtlager-Produkten und allenfalls die langfristige Erhöhung der Lagermengen mit einer Finanzierungslösung analog der anderen Pflichtlager. Auch erhöhte Lageranforderungen entlang der Vertriebskette (Gross- und Fachhandel, Spitäler) wäre für Schiendorfer ein Thema genauso wie die Frage nach einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für Impfstoffe und Antibiotika.

Gleichzeitig sagt Schiendorfer: «Das aktuelle Versorgungssystem für patentgeschützte Medikamente funktioniert und weist bereits heute eine hohe Stabilität und Krisenresistenz auf. Die vereinzelt vorhandenen Versorgungsengepässe, die teilweise bereits vor der Krise bestanden, betreffen überwiegend nicht mehr patentgeschützte Produkte wie Antibiotika und gewisse Schmerzmittel.»

Auch der Verband Scienceindustries hält eine Überprüfung der bestehenden Pflichtlager für kritische Wirkstoffe und Arzneimittel für umsetzbar. Daneben soll die Versorgungssicherheit vor allem mit Staatsverträgen und vertiefter internationaler Zusammenarbeit sichergestellt werden.